

Stäglich

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/86

Berlin 31. Juli 1986 53. Jahrgang

DDR-Wirtschaft 1986 bis 1990

Auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 — also bereits nach dem Beginn der neuen Fünfjahrplanperiode — hat die Wirtschaftsführung der DDR mit der Direktive zum Fünfjahrplan 1986 bis 1990 ihre ökonomischen Ziele für die zweite Hälfte der achtziger Jahre vorgelegt. Auffällig ist die große Bedeutung, die der Produkterneuerung und den „Schlüsseltechnologien“ beigemessen wird. Insgesamt jedoch wird eine ausgewogene Entwicklung vorgezeichnet, mit moderaten Planaufgaben für Entstehung, Verteilung und Verwendung der Produktion. Die durch die Ölpreisentwicklung für den Westexport ausgelösten Probleme werden aber eine erhöhte Flexibilität im Planvollzug erzwingen, wenn nicht sogar zu Planänderungen führen.

Grundlinien der Direktive

Ein Vergleich der Ergebnisse in den letzten fünf Jahren mit der Direktive ergibt für die wichtigen Kennzahlen folgendes Bild (durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in vH):

	Ist 1981 – 1985	Direktive 1986 – 1990
Produziertes Nationaleinkommen	4,4	4,4 – 4,7
Industrielle Warenproduktion		
Gesamte Volkswirtschaft	4,4	3,7 – 4,1
im Bereich der Ministerien	4,7	4,1 – 4,4
Bauproduktion (Ministerium für Bauwesen)	3,4	3,4 – 3,7
Investitionen	– 1,0	3,7
Einzelhandelsumsatz	2,5	3,9 – 4,1
Export insgesamt (nominal)	10,4	.
Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet (real)	.	5,2

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die DDR versucht, das zuletzt erreichte Wachstum zu stabilisieren und die „planmäßige proportionale Entwicklung“ in den Vordergrund zu rücken. Nach den extremen Anstrengungen im Außenhandel in den vergangenen fünf Jahren und der

dadurch verursachten Knappheit im Inland sollen jetzt privater Verbrauch (gemessen am Einzelhandelsumsatz) und Investitionen stärker berücksichtigt werden. Die Konstellation der Wachstumsraten läßt aber erkennen, daß der Export nach wie vor Vorrang hat.

Das Wachstumsmuster der Direktive folgt den programmatischen Vorstellungen des X. Parteitags 1981 über die „ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“. Die zehn Punkte der Strategie wurden auch auf dem XI. Parteitag — etwas kürzer und konzentrierter — vorgetragen. Grundsatz ist: Wachstum ist für den Sozialismus unverzichtbar, es ist zu erreichen durch „Intensivierung“, also durch bessere Nutzung aller Ressourcen, insbesondere durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Grundlagen des Wachstums

Die Altersstruktur in der DDR läßt bis 1990 kaum noch eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten erwarten. Während im letzten Fünfjahrplanzeitraum die Zahl der Beschäftigten um mehr als 200 000 Personen gestiegen ist, werden es bis 1990 nur etwa 50 000 sein. Dabei sind die neuen sozialpolitischen Maßnahmen („Babyjahr“ schon beim ersten Kind) in ihren Auswirkungen noch gar nicht

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1981 – 1985 ¹	1981	1982	1983	1984	1985 ²	1986 – 1990 ¹
	Plan	Ist					Direktive
Produziertes Nationaleinkommen	5,1	4,8	2,6	4,4	5,5	4,8	4,4 – 4,7
Primärenergieverbrauch in der Volkswirtschaft	·	0,3	– 1,8	– 0,1	2,7	2	1
dar.: Rohbraunkohle	·	3,5	2,9	1,6	3,5	·	·
Industrie							
Warenproduktion ³	5,1	5,5	3,7	3,9	4,3	4,4	3,7–4,1
<i>Bereiche der Industrieministerien</i>							
Warenproduktion	5,5	5,9	4,3	4,6	4,5	4,5	4,1–4,4
Nettoproduktion ³	·	7,0	5,6	7,1	8,3	9,0	8,3 – 8,6
Arbeitsproduktivität ³							
(Warenproduktion)	5,2	4,8	3,4	3,8	3,7	4,2	·
(Nettoproduktion)	·	7,0	4,7	5,4	7,6	8,4	8,3 – 8,6
Bauwirtschaft							
Bauproduktion (zentralgeleitet) ^{3,4}	4,2	4	2,9	3,7	2,7	3,9	3,0 – 3,4
Fertiggestellte Wohnungen	188,0	185,4	187,1	197,2	207,0	212,2	212,8
davon: Neubau	120,0	125,7	122,4	122,6	121,7	120,7	118,6
Modernisierung	68,0	59,6	64,6	74,6	85,4	91,5	94,2
Landwirtschaft							
Bruttobodenproduktion ^{5,6}	2,1/2,3	1,2	– 2,1	0,6	16,7	1,4	2,0 – 2,8
dar.: Getreideernte (in Mill.t) ⁷	10,4	8,9	10,0	10,1	11,5	11,6	12
Tierische Marktproduktion ^{6, 8}	0,9	2,8	– 6,6	2,7	6,7	3,8	– 1,4–1,8
Binnenverkehr⁹							
Gütertransportmenge	·	– 3,2	– 7,3	– 2,2	– 1,1	– 0,7	·
dar.: Eisenbahn	·	1,2	2,3	1,0	3,6	3,3	·
Binnenschifffahrt	·	1,9	1,2	3,8	7,0	– 13,3	7,4
Straßenverkehr	·	– 5,1	– 12,3	– 3,9	– 4,0	·	– 0,4
Gütertransportleistung	·	– 2,1	– 6,7	– 0,3	1,4	·	·
dar.: Eisenbahn	·	– 1,1	– 3,1	1,6	3,2	·	·
Binnenschifffahrt	·	9,3	– 2,9	5,9	9,0	·	·
Straßenverkehr	·	– 5,2	– 18,5	– 5,3	– 5,8	·	·
Elektrifizierte Eisenbahnstrecke	7,2/7,6	6,7	6,7	8,6	10,7	12,7	9,5
Einzelhandel, Umsatz¹⁰	3,7	2,5	1,0	0,7	4,2	4,2	4,0
davon: Nahrungs- und Genußmittel	3,7	2,9	2,1	1,6	3,3	2,7	2,7
Industriewaren	3,7	2,1	– 0,1	– 0,1	5,1	5,6	5,3
Außenhandel, Umsatz^{10, 11}	·	10,7	9,2	10,6	8,4	3,5	·
davon: Einfuhr	·	6,4	4,3	9,0	9,6	3,6	·
Ausfuhr	·	15,4	14,1	12,0	7,3	3,4	·
Saldo (in Mrd. Valuta-Mark)	·	– 1,1	+ 5,4	+ 8,0	+ 6,9	+ 7	·
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	3,7	3,1	2,8	2,3	3,9	4,0	3,9–4,1
Investitionen, insgesamt¹²	– 2,1	2,7	– 5,2	– 0,0	– 4,9	2,2	3,7

1) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs. — 2) Vorläufige Angaben, z.T. geschätzt. — 3) Ergebnisse für 1981 bis 1984 aus Indexangaben errechnet. — 4) 1986–1990 gesamte Volkswirtschaft. — 5) Gesamtheit der Pflanzenproduktion; bewertet in Getreide-Einheiten (GE) nach dem GE-Schlüssel der DDR. — 6) Fünfjahrplanzahl: durchschnittlicher jährlicher Zuwachs, ausgehend vom Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre im Hinblick auf das geplante Volumen im letzten Jahr der neuen Fünfjahrperiode. — 7) Fünfjahrplanzahl: Angestrebte Getreideernte im Endjahr. — 8) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle; bewertet in GE. — 9) Ohne Seeschifffahrt und zivile Luftfahrt. — 10) Jeweilige Preise. — 11) Einschließlich innerdeutscher Handel. — 12) Ohne Generalreparaturen; zu konstanten Preisen.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf; Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 18./19. Januar 1986, S. 1 sowie S. 3 ff.); Direktive des XI. Parteitag des SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, Tribüne vom 22. und 23. 4. 1986; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

berücksichtigt. Durch Mehrbeschäftigung wird mithin das Wachstum nicht unterstützt werden.

Die geplante Investitionssumme beläuft sich für den gesamten Planungszeitraum auf 346 Mrd. Mark zu Preisen von 1985. Nimmt man das Ist-Ergebnis von 1985 als Basis — 62 Mrd. M zu Preisen von 1985 — errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 3,7 vH. Damit ist zwar die äußerst restriktive Phase bei den Investitionen beendet, allerdings bleibt die Investitionspolitik weiter sehr vorsichtig. Modernisierung und eine verbesserte Nutzung des Vorhandenen, auch durch Schichtarbeit, stehen immer noch im Vordergrund; bei Neubauten herrscht nach wie vor Zurückhaltung.

Außerdem soll das Wachstum mit der annähernd gleichen Menge an Rohstoffen erreicht werden, der Verbrauch an Primärenergie (für energetische Zwecke) ist mit einer jährlichen Zunahme von 1 vH angesetzt. Der spezifische Verbrauch an volkswirtschaftlich wichtigen Energieträgern und Rohstoffen in der Industrie soll um jährlich 4 vH gesenkt werden. In der abgelaufenen Fünfjahrplanperiode wurde der spezifische Verbrauch jährlich um rund 6 vH reduziert. Damals war die Aufgabe aber vermutlich einfacher, weil zunächst das leicht erreichbare Einsparpotential erschlossen werden konnte.

Arbeitskräfte, Material und Energie sind also noch knapper als im letzten Fünfjahrplanzeitraum; die nur vorsichtige Investitionstätigkeit dürfte auch kein starker Wachstumsmotor sein. Entscheidenden Impuls für das gesamtwirtschaftliche Wachstum erwartet die Wirtschaftsführung von Forschung und Entwicklung und dabei insbesondere von den Schlüsseltechnologien. Dadurch sollen die Produktionsprozesse modernisiert, der Energie- und Materialaufwand reduziert, neue hochwertige Produkte eingeführt und die gesamte Struktur der Produktion verbessert werden. Der erste Schritt dazu ist die Verbesserung der Kooperation zwischen den Betrieben und der Hochschul- und Akademieforschung. Damit sollen der Wissenstransfer und die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis vorangetrieben werden. Außerdem werden die Mittel für Wissenschaft und Technik „in einem bedeutenden Umfang“ erhöht. Es steht außer Frage, daß in der Wirtschaft der DDR noch erhebliche Reserven stecken. Noch immer sind der Energieverbrauch zu hoch und die Produkte zu schwer, es dominiert die „solide Standardqualität“, und viele Produktionsprozesse sind unrationell.

In der Direktive werden keine grundlegenden Änderungen im System der „Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung“ angesprochen. Zwar haben auch die Direktive und der Fünfjahrplan für 1981 bis 1985 die bevorstehende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus nicht erkennen lassen. Die positive Entwicklung seit der Verbesserung von Leitung und Planung in Richtung auf Intensivierung macht es jedoch unwahrscheinlich, daß auch jetzt wieder Änderungen anstehen. Erwähnt wird lediglich, daß die Kombinate in ihrem Produk-

tionsprofil weiter abgerundet werden sollen, d.h., der Konzentrationsprozeß in der Industrie wird sich fortsetzen. Mit der Einbeziehung vor- und nachgelagerter Produktionsstufen sollen sie zu autarkeren Wirtschaftseinheiten heranwachsen und Reibungsverluste, die durch mangelhafte Kooperation zwischen den Wirtschaftseinheiten entstehen können, minimieren.

Hinweise auf mögliche Änderungen gibt es allenfalls im Bereich der Bilanzierung. In den Bilanzen wird das Aufkommen an Rohstoffen und Vorleistungen mit dem Bedarf abgestimmt und damit bereits wesentlich über die Entwicklung der Produktion entschieden. Hauptproblem ist dabei, die festgelegten Strukturen mit dem notwendigen Maß an Flexibilität zu verbinden. Es hat den Anschein, daß jetzt wieder Reserven zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit zugelassen werden sollen; jedoch dürfte die Bilanzverantwortung und Kontrolle der zentralen Organe weiterhin dominieren.

Produktion

Die industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft soll sich im kommenden Planjahrfünft um rund 4 vH erhöhen, für die Betriebe im Bereich der Industrieministerien ist die Zunahme — wie üblich — etwas höher (4,1 bis 4,4 vH). Damit werden die in den letzten drei Jahren erreichten Wachstumsraten angesteuert. Nur für wenige Bereiche gibt die Direktive die geplante Entwicklung an, ausführlicher werden dagegen Schlüsseltechnologien, hohe Veredlung und spezielle Produktionen dargestellt.

Spitzenreiter im geplanten Wachstum bleibt der Bereich Elektrotechnik/Elektronik. Auch hier entspricht die geplante Zunahme mit 8,3 bis 8,6 vH ungefähr den Ergebnissen in den letzten Jahren. Von der Elektrotechnik/Elektronik, insbesondere der Mikroelektronik und der modernen Rechentechnik, erwartet die Wirtschaftsführung in der neuen Planperiode den entscheidenden Beitrag zur Erhöhung des technologischen Niveaus in allen Wirtschaftsbereichen. Dementsprechend soll die Produktionsstruktur weiter umgestaltet werden.

Unter ähnlichen Vorzeichen steht die geplante Entwicklung im Maschinenbau. Der Zuwachs soll rund 5,5 vH betragen, im Werkzeugmaschinenbau allein fast 8,5 vH. Auch dieser Bereich ist für die neuen Schlüsseltechnologien (komplexe Maschinensysteme, automatisierte Fertigung) von entscheidender Bedeutung.

Für die chemische Industrie wird die geplante Zunahme nicht mitgeteilt. Im vergangenen Planjahrfünft hatte sich hier insbesondere die Mineralölindustrie durch umfangreiche Investitionen und hohe Zuwachsraten ausgezeichnet. Nach dem rapiden Sturz der Ölpreise dürfte die Verarbeitung des Rohöls nur bis zu einem gewissen Grad rentabel sein. Auch die geforderte Veredlung der Braunkohle zu organischen Rohstoffen ist angesichts der Rohölpreise sicher etwas differenzierter zu sehen als vor ei-

nigen Jahren. Für die Metallurgie ist ebenfalls kein Wachstumsziel angegeben worden. Hier steht noch eine wichtige Investition im Programm: Ein Warmbreitbandwalzwerk soll im Eisenhüttenkombinat Ost den Zyklus der metallurgischen Verarbeitung komplettieren.

In der Leichtindustrie sind die Ziele der Direktive höher als in den letzten fünf Jahren. Inlandsbedarf und Exporte haben diesen Bereich vermutlich wieder interessanter gemacht. Für die gesamte Produktion an Konsumgütern ist eine Zunahme (real) von 5,4 bis 5,7 vH vorgesehen; der Einzelhandelsumsatz an Industriewaren (nominal) soll um 5,3 vH steigen. Offenbar soll der Export von Konsumgütern überproportional zunehmen.

Im Bereich der Energie will die DDR ihre zu Anfang der achtziger Jahre begonnene „Rückkehr zur Braunkohle“ strikt fortsetzen. Die heimische Braunkohle soll 1990 etwa 78 bis 80 vH des Primärenergieverbrauchs decken (1985: 70 vH). Dazu soll die Förderung von Rohbraunkohle weiter, auf 330 bis 335 Mill. t, erhöht werden (1980: 258 Mill. t; 1985: 312 Mill. t). Vorhandene Tagebaue sollen stärker ausgebeutet und neue aufgeschlossen werden, besonders auch im Raum nördlich von Leipzig. Die Rohbraunkohle soll in steigendem Umfang weiterhin auch als Rohstoff verwendet werden. Verstärkte Erzeugung von Stadtgas auf Salzkohlebasis, von Synthesegas und selbst von Kraftstoffen aus Braunkohle ist geplant. Der Anteil der Kernenergie an der Elektroenergieerzeugung wird in der Direktive für 1990 mit 15 vH angesetzt (1985: 11 vH). Dazu soll die Kapazität des Kernkraftwerks Greifswald bis 1990 verdoppelt werden, die Errichtung des Kernkraftwerks bei Stendal wird weiter vorangetrieben. Weder der Reaktorunfall von Tschernobyl noch der Preissturz von Erdöl haben in der Energiepolitik der DDR bisher einen erkennbaren Niederschlag gefunden.

Der Begriff „Schlüsseltechnologie“ ist geradezu zum Zauberwort für die künftige Entwicklung geworden. Dazu gehören Mikroelektronik, rechnergestützte Bildschirmarbeitsplätze (CAD/CAM-Stationen), moderne Rechentechnik, Automatisierungstechnik, Industrieroboter und Biotechnologie. Entwicklung und Produktion sollen hier bis 1990 in außerordentlichem Maß forciert werden, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Modernste Technik soll dann wie ein „Katalysator“ wirken und überall die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme lösen: den Materialeinsatz optimieren, Qualität und Erneuerungsrate erhöhen, Energieverbrauch reduzieren und — bei Halbierung der Entwicklungskosten — die Arbeitsproduktivität deutlich steigern.

Es steht außer Zweifel, daß bei der geplanten Konzentration der Mittel auf die Schlüsseltechnologien die quantitativ gesetzten Ziele (Zahl der Bauelemente, der Rechner, der CAD/CAM-Stationen) auch zu erreichen sind. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung der Industrieroboter, für die 1981 das Planziel um ein Vielfaches erhöht und schließlich sogar übererfüllt worden ist. Heute hat die DDR mit rund 4 500 etwa halb so viel echte Roboter im

Einsatz wie die Bundesrepublik Deutschland (8 800). Bis 1990 soll sich ihre Zahl in der DDR etwa verdreifachen.

Allerdings reicht die Produktion der Geräte allein für den erhofften Effekt in aller Breite nicht aus, sie benötigen zur effizienten Anwendung eine entsprechende Peripherie. Bei den Robotern ist es der reibungslose Materialfluß, bei den jetzt forcierten Technologien, z.B. bei CAD/CAM, sind es ausgebildete Fachleute, speziell organisierte betriebliche Abläufe, Software, lokale Datennetze, moderne Großrechentechnik und Datenbanken. Auch in diesen Bereichen sind laut Direktive große Anstrengungen geplant; es ist aber ein sehr viel anspruchsvolleres Programm als die Einführung der Robotertechnik in der Zeit des vergangenen Fünfjahrplans.

Ein Engpaß dürfte das gegebene Niveau der Rechentechnik sein. Die 8-Bit-Personal Computer sind nur für einfache Aufgaben im Entwicklungsbereich, z.B. für Dokumentationsbearbeitung und ebene Projektierungsaufgaben geringen Leistungsumfangs einzusetzen. Zentrale Datenverarbeitungstechnik der dritten Generation steht aber noch immer nicht ausreichend zur Verfügung; die Produktions- und Planzahlen sind hier sogar rückläufig. Das jetzt begonnene Programm hat auch organisatorische Konsequenzen und wird noch enorme Folgekosten nach sich ziehen. Der Erfolg kann nicht sofort, sondern nur langfristig erwartet werden.

Der Einsatz flexibler automatischer Fertigungszentren, ein Weg zur vollautomatischen Fabrik, ist in der DDR dagegen auch nach internationalen Maßstäben sehr weit vorangetrieben worden. Zur Zeit befinden sich etwa 20 solcher Produktionskomplexe im Einsatz, bis 1990 werden im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie 80 rechnergesteuerte flexible Maschinensysteme installiert sein.

In den übrigen produzierenden Bereichen wird — laut Direktive — die bisherige Strategie fortgesetzt. Im Bauwesen stehen Wirtschaftlichkeit und Qualität im Vordergrund. Die Beschlüsse der 8. Baukonferenz vom Juni 1985 werden in der Direktive wiederholt: Der spezifische Einsatz von Baustoffen, insbesondere Walzstahl, Schnittholz und Zement, soll gesenkt, und die Bauzeiten sollen verkürzt werden. Maßnahmen zur Energieeinsparung in den fertigen Bauten (Wärmedämmung!) werden hervorgehoben. Die Bautätigkeit soll sich verstärkt auf Erhaltung der Bausubstanz, Modernisierung und Rekonstruktion richten. Im Verkehrsbereich gilt es, die Verlagerung von der Straße zur Schiene und vom Werkfernverkehr zum öffentlichen Verkehr fortzusetzen.

Breiten Raum nimmt in der Direktive die Landwirtschaft ein. Nach der durchweg positiven Bilanz des abgelauten Fünfjahrplans, insbesondere auch den guten Ernten in den letzten Jahren, werden anspruchsvolle, aber nicht unerreichbare Ziele gesetzt. Die Pflanzenproduktion soll etwa auf dem hohen Niveau vom Jahr 1985 stabilisiert werden, ebenso das staatliche Aufkommen an Schlacht-

vieh. Auch hier ist vorgesehen, die Investitionen vornehmlich auf die Modernisierung des Vorhandenen zu konzentrieren. Die Erfolge werden also entscheidend von einer effizienten Kooperation und der Verbesserung der Kosten-Ertrags-Relation abhängen. Gravierende agrarpolitische Kurskorrekturen — wie im abgelaufenen Fünfjahrplanzeitraum — sind offenbar nicht zu erwarten.

Einkommen, Sozialpolitik und privater Verbrauch

Die neue Etappe der Verwirklichung der ökonomischen Strategie konzentriert sich im wesentlichen auf die Produktion. Die Auswirkungen für die Bevölkerung beschränken sich auf wenige Grundsatzentscheidungen.

Das Thema „Arbeitszeitverkürzung“ wird in der Direktive nicht angesprochen. Immer noch beträgt die normale Arbeitszeit 43 $\frac{3}{4}$ Stunden, Ausnahmen gelten für Schichtarbeiter und erwerbstätige Mütter. Schichtarbeit wird mit großem Nachdruck propagiert; insbesondere die neuen, teuren Anlagen sollen mehrschichtig ausgelastet werden. Die Nettogeldeinnahmen sollen durchschnittlich jährlich um 4 vH zunehmen, die Löhne — etwas stärker — im Gleichschritt mit dem realen gesamtwirtschaftlichen Wachstum steigen.

Auf dem XI. Parteitag wurde ein umfangreiches sozialpolitisches Paket zur Familien- und Geburtenförderung angekündigt, das schon kurz danach als Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstands des FDGB und des Ministerrats vorgelegt worden ist. Die wichtigste Maßnahme ist die bezahlte Freistellung von der Arbeit („Babyjahr“) für werktätige Mütter schon beim ersten Kind. Außerdem wird eine Regelung, die bisher lediglich Alleinstehenden mit Kindern und verheirateten werktätigen Müttern mit drei und mehr Kindern zugute kam, jetzt auf Mütter mit zwei Kindern ausgedehnt. Es sind dies die bezahlte Freistellung von der Arbeit bei Erkrankung der Kinder (die Bezahlung variiert nach Krankheitsdauer, die Regelungen können auch vom Ehemann oder der Großmutter in Anspruch genommen werden). Kredite für junge Eheleute werden von 5 000 Mark auf 7 000 Mark und die Altersgrenze für die Empfänger von 26 auf 30 Jahre erhöht.

Die teuerste Maßnahme (rund 2 Mrd. M pro Jahr) ist die Erhöhung des Kindergelds, die am 1. Mai 1987 in Kraft tritt. Für das erste Kind gibt es dann 50 Mark (vorher 20 Mark), für das zweite 100 Mark (20 Mark) und für das dritte und jedes weitere Kind 150 Mark (100 Mark).

Dieser Beschluß ist ausschließlich bevölkerungspolitisch zu verstehen. Seit 1972 bemüht sich die DDR durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die Geburtenausfälle nach der Fristenlösung zum Schwangerschaftsabbruch wieder auszugleichen. Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl mindestens zu halten, sind nach DDR-Berechnungen im Durchschnitt mehr als zwei Kinder pro Familie notwendig. Die bisher erfolgreichste Maßnahme der Familienförderung war das 1976 eingeführte „Baby-

jahr“ bei der Geburt des zweiten und der weiteren Kinder, das am 1. Juni 1984 auf 18 Monate bei der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes ausgedehnt worden war. Die Einbeziehung der ersten Kinder durch den neuen Beschluß dürfte allerdings gravierende Folgen für die Beschäftigung von jungen Frauen nach sich ziehen.

Im Gegensatz dazu ist eine Rentenerhöhung in der Direktive nicht angekündigt worden. Der durchschnittliche Rentenbetrag ist nach der letzten Erhöhung (1984/85) nur um rund 10 vH höher als 1980. Die Durchschnittsrente beläuft sich zur Zeit auf 365 Mark.

Die Versorgung der Bevölkerung soll nach der Knappheit zu Beginn der achtziger Jahre nun wieder stärker berücksichtigt werden. Die Direktive betont dazu, daß zwischen den geforderten Leistungen und dem Angebot an Konsumgütern ein enger wechselseitiger Zusammenhang besteht. So soll der Einzelhandelsumsatz jährlich um 4 vH steigen, darunter der Umsatz an Nahrungs- und Genußmitteln um 2,7 vH und an Industriewaren um 5,3 vH. Hier wird besonders auf die Strukturveränderung im privaten Verbrauch der Haushalte hingewiesen, und es werden hohe Steigerungen im Angebot von Unterhaltungselektronik, technischen Konsumgütern, Sport- und Freizeitartikeln, Möbeln, Baustoffen und modischer Bekleidung angekündigt. Auch wird der Grundsatz bekräftigt, daß die Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs bis 1990 stabil bleiben. Gleichzeitig jedoch soll das Sortiment an hochwertigen Produkten, auch das Angebot in den Exquisit- und Delikatläden, erweitert werden. Die Preise für diese Produkte sollen in der Regel die Kosten decken und Gewinne und Steuern bringen, liegen also höher als die für das normale Angebot. Die Preispolitik verfolgt also weiter einen Kurs — mit subventionierten Produkten des Grundbedarfs und teuren Produkten für den höherwertigen Bedarf —, der schon 1979 eingeschlagen wurde.

Die Bevölkerung wird es im allgemeinen auch begrüßen, wenn hochwertige Waren überhaupt in größerem Umfang angeboten werden. Diese Preispolitik ist aber differenziert zu beurteilen: Für untere Einkommensklassen, denen die billigen hochsubventionierten Güter zugute kommen sollen, sind die höherwertigen Waren wegen der sehr hohen Preise häufig unerreichbar. Die mittleren und höheren Einkommensschichten dagegen profitieren ohne Notwendigkeit von den niedrigen Preisen im Grundbedarf. Diese Subventionierung führt allgemein zur Verschwendung.

Das Kernstück des sozialpolitischen Programms, der Wohnungsbau, soll im laufenden Jahrfünft abgeschlossen werden. Bis 1990 soll die Wohnungsfrage als soziales Problem gelöst sein. Insgesamt sind knapp 1,1 Mill. Wohnungen, 600 000 davon im Neubau, geplant. Nicht gelöst ist damit allerdings die Sanierung des Altbestands, insbesondere in den Stadtkernen. 1990 wird noch mehr als die Hälfte des Bestands zur Sanierung anstehen.

Außenhandel

Der Außenhandel wird — wie üblich — auch in der vorliegenden Direktive nur kursorisch und wenig informativ behandelt. Die Direktive enthält lediglich die geplante Zunahme für den Export in die sozialistischen Länder (+ 5,2 vH jährlich), in die Sowjetunion (+ 5,4 vH jährlich) und die Feststellung, im Außenhandel mit den „kapitalistischen Ländern“ sei in den Jahren 1986 bis 1990 ein bedeutender Exportüberschuß erforderlich.

Im Prinzip ist die Ausgangslage Mitte der achtziger Jahre viel besser als zu Beginn des Jahrzehnts. Damals stand die DDR vor hohen Defiziten im Westhandel und vor Defiziten im Handel mit der Sowjetunion. Außerdem war abzusehen, daß sich die Terms of Trade im Handel mit der Sowjetunion beträchtlich verschlechtern würden. So wurde das Ungleichgewicht im Außenhandel geradezu zum auslösenden Moment für die neue Wirtschaftsstrategie.

Inzwischen sind die akuten Probleme des Außenhandels entschärft. Die Westverschuldung, soweit sie statistisch nachgewiesen ist, hat sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre fast halbiert. Das Defizit im Handel mit der Sowjetunion konnte — nach der sowjetischen Statistik — deutlich vermindert werden.

Gleichwohl können die Außenhandelsprobleme noch nicht als gelöst angesehen werden. Im Handel mit der Sowjetunion ist von 1976 bis Ende 1985 insgesamt — nach der sowjetischen Statistik — ein Defizit von 3,6 Mrd. TRbl entstanden. Der Abbau dieses Defizits muß jetzt beginnen. Zwar wird die Sowjetunion nicht so rigoros wie die westlichen Banken auf einer Reduzierung bestehen; die wenigen Strukturdaten über die Plankoordinierung lassen jedoch erkennen, daß die geplante Entwicklung der DDR-Exporte höher als die der DDR-Importe ist.

Im Westhandel waren die Exporterfolge weniger von den traditionellen Exportindustrien (Investitionsgüterindustrien, Verbrauchsgüterindustrien) getragen, sondern vielmehr vom Grundstoffbereich. Mineralölerzeugnisse und Rohöl machten einen großen Teil der Exportsteigerung aus. Schon vor dem Sinken der Erdölpreise mußte die DDR ins Auge fassen, die Struktur ihrer Westexporte wieder zu normalisieren. Das gesamte Mineralölgeschäft, insbesondere der Verkauf von Rohöl, hat vermutlich lediglich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe

gedient. Auch ein allmählicher Übergang zum „normalen Exportsortiment“ bedeutet jedoch die nicht leichte Aufgabe, im Bereich von Investitionsgütern und Verbrauchsgütern neue Marktanteile zu gewinnen. Unter dieser Annahme sind — schon ohne die Preisentwicklung auf dem Erdölmarkt — die Wachstumschancen für den Westexport nicht sehr hoch einzustufen. Ein „bedeutender Exportüberschuß“ wäre dann lediglich durch eine sehr vorsichtige Importpolitik zu erreichen.

Bezieht man die Ölpreisentwicklung ein, sehen die Chancen im Westhandel kurzfristig schlecht aus. Geht man aus von Lieferungen an Erdöl und Erdölprodukten im Westhandel von 14 Mill. t im Jahr 1984, so wären das 30 vH der Westexporte. Zu heutigen Preisen erzielt die DDR dafür nur etwa ein Drittel des damaligen Erlöses, das bedeutet einen Ausfall von 20 vH. Zwar ergibt sich auch eine Entlastung auf der Importseite, allerdings betrifft diese nur den Handel mit den OPEC-Ländern, denen gegenüber die DDR ohnehin Exportüberschüsse erwirtschaftet.

Große Exportüberschüsse sind im Westhandel also nur zu erzielen, wenn die ohnehin niedrigen Westimporte noch weiter gedrosselt und/oder zusätzliche Produkte im Westen verkauft werden können, mit allen negativen Folgeerscheinungen für die Produktion, Verbrauch und Investitionen. Allerdings bleibt immer noch die Möglichkeit, das vermutlich in erster Linie politisch motivierte Ziel der Exportüberschüsse im Westhandel aufzugeben. Ein ausgeglichener Außenhandel oder sogar Defizite bedeuten bei der inzwischen wieder sehr guten Schuldnerposition der DDR kein Problem.

Die Vorteile aus der Ölpreisentwicklung sind für die DDR derzeit noch nicht spürbar, da der interne Verrechnungspreis im RGW (Durchschnitt des Weltmarktpreises in den vergangenen fünf Jahren) nur verzögert auf Weltmarktpreisänderungen reagiert. Im Verlauf der Fünfjahrplanperiode wird aber auch die DDR von der Ölpreissenkung — für Produktion und Handel mit der Sowjetunion — profitieren. Dann müssen allerdings einige Grundvorstellungen der Direktive überprüft werden, insbesondere die weitere starke Forcierung der Braunkohlenförderung und die Projekte der Kohlenchemie. Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß auch diese Direktive — wie der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 — schon bei Drucklegung von den Ereignissen überholt worden ist.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DDR-Wirtschaft 1986 bis 1990. Bearbeitet von Doris Cornelsen.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.